

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/2

4. Januar 1972

Entwicklungspolitik - kein Tunnelplatz
für Polemik

CDU/CSU bietet nur ein Sammelsurium wider-
sprüchlicher Argumente

Von Dr. Erhard Eppler MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit

Seite 1 und 2 / 83 Zeilen

Kontrollfunktion des Länderparlaments

Bayerns SPD schützt demokratischen Föderalismus

Von Volkmar Gabert MdL
Landesvorsitzender der SPD Bayern und Mit-
glied des SPD-Vorstandes

Seite 3 und 4 / 68 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressendienstes

"Vorsicht - zersetzend!"

Seite 5 und 6 / 62 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Prosehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 87 - 38
Telex: 806 848 / 806 847/
806 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Entwicklungspolitik - kein Turmelplatz für Polemik

CDU/CSU bietet nur ein Sammelsurium widersprüchlicher Argumente

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Daß in der Außenpolitik keine praktikable Alternative der Opposition erkennbar ist, kann man heute auch in gemäßigter konservativen Gazetten lesen. Daß es sich in der Entwicklungspolitik kein Haar anders verhält, wäre an sich weder eine Schande noch für uns alle ein Schaden - vorausgesetzt, man gäbe es zu. Denn Entwicklungspolitik braucht nicht kontrovers zu sein.

Schlimm ist es, wenn die Äußerungen der Opposition sich auf diesem Feld ganz auf Polemik - und das von der düftigsten Sorte - beschränken.

Wer in den letzten Monaten auf ein konstruktives Wort der Opposition zur Dritten Weltentwicklungskonferenz in Santiago, zur beklagenswerten Rolle der Entwicklungsländer in der Währungs-krise und zu den Beschlüssen des US-Senats über die Auslandshilfe gewartet haben sollte, wurde enttäuscht. Zu allen wichtigen Themen der Entwicklungspolitik schweigt die Opposition.

Aber noch schlimmer wird es, wenn sie redet. Denn dort zeigt sich eine kaum mehr überbietbare Zwiespältigkeit. Während einige Abgeordnete der Union lamentieren, die Bundesregierung leistet zu wenig öffentliche Entwicklungshilfe, sorgen andere - im Haushaltsausschuß - dafür, daß es nicht mehr wird. Während im Berliner Programm der CDU davon die Rede ist, daß Privatinvestitionen nur gefördert werden sollten, soweit sie entwicklungs- und wirtschaftspolitisch nützlich sind, erklärt der Sprecher der CDU, das Entwicklungshilfe-Steuergesetz, das diesem Grundsatz offensichtlich widerspricht, müsse unverändert verlängert werden. Während die einen kritisieren, die öffentliche Entwicklungshilfe werde nicht richtig koordiniert, polemisieren andere gegen die länderbezogenen Hilfsprogramme, die genau diese Koordination zum Zweck haben. Während die einen der Regierung "Ideologisierung" der Entwicklungshilfe verwerfen, bemängelt ein anderer, im Konzept der Bundesregierung fehlten "übergeordnete politische Leitbilder", was wohl nicht anders zu verstehen ist, als daß Hilfe marktwirtschaftliche Ideologie übertragen soll. Während die einen bemängeln, daß Entwicklungshilfe auch an Länder gehe, die die DDR anerkannt haben, beklagen andere, daß man mit Entwicklungshilfe Druck auf einzelne Länder ausüben wolle. Wie ist dies alles möglich bei einer Partei, die auf diesem Felde durchaus einen Ruf zu verlieren hat?

Offenbar will man allen nach dem Munde reden: Den kirchlichen Gruppen, denen man versichert, die Entwicklungspolitik

der Regierung sei nicht progressiv genug, und der Industrie, der man erklärt, daß unsere Entwicklungspolitik von revolutionärer Ideologie geprägt sei. In kirchlichen Kreisen ist man für multilaterale Hilfe - denn dies ist ein Wunsch der Kirchen. Im Haushaltsausschuß stimmt man gegen jeden Erhöhungsantrag für multilaterale Hilfe, weil man eine unziemliche Vorliebe des Ministers für solche Hilfe entdeckt haben will. Vor Jugendgruppen redet man von den notwendigen Strukturveränderungen in unserer Wirtschaft, in der Fragestunde des Bundestages wäre jeder Ansatz in diese Richtung kritisch unter die Lupe genommen.

Und schließlich will man auf jeder Welle reiten, die sich gegen unsere Entwicklungshilfe überhaupt richtet. Wenn durch den indisch-pakistanischen Konflikt neue Vorbehalte gegen die Entwicklungshilfe geweckt werden, so kommt sofort eine dramatische Anfrage, ob die Bundesregierung nun ihre Hilfe grundsätzlich überdenken wolle. Und wenn deutsche Entwicklungshelfer in Bolivien - zu Unrecht, wie sich bald erwies - verhaftet werden, dann drischt man auf dem Deutschen Entwicklungsdienst herum, ohne zu wissen, was die jungen Leute wirklich getan haben.

Man könnte dies alles mit einem Lächeln abtun, wenn es nicht in einer Zeit geschähe, in der das Verhältnis zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern sich kritisch ausprägt, wo international manches in Frage gestellt ist, was noch vor Jahresfrist selbstverständlich erschien. Es gibt Zeiten, wo Opportunismus erträglich, andere, wo er unerträglich ist.

Wer die erregende Rede von US-Senator Church zum Auslandshilfeprogramm gelesen hat, weiß, wo wir heute stehen. Er wird vielleicht auch manches besser verstehen, was sich in den letzten drei Jahren in der deutschen Entwicklungshilfe - vielleicht gerade noch rechtzeitig - geändert hat. Aber er wird nicht mehr verstehen, wenn eine Opposition nichts anderes zu bieten hat als die billigste Polemik.

Dabei geht es der Opposition in der Entwicklungspolitik nicht anders als in der Außenpolitik. Das Konzept der Bundesregierung vom 11. Februar 1971 wird heute international als vorbildlich anerkannt, von Paul Hoffmann (UNDP) über Robert McNamara (Weltbank), von Jan Tinbergen (UN) bis John A. Hannah (US-AID).

Die Opposition muß 1972 wählen: Entweder sie stellt sich klar auf den Boden der Entwicklungspolitik der Regierung - was der Kritik im einzelnen keinen Abbruch tut - oder sie bietet eine diskussionsfähige Alternative. Für ein Sammelsurium widersprüchlicher Polemik sind die Zeiten zu ernst, und die Sache ist es auch.

(-/ex/4. 1. 1972/ks)

* + *

Kontrollfunktion des Länderparlaments

Bayerns SPD schützt demokratischen Föderalismus

Von Volkmar Gabert MdL

Landesvorsitzender der SPD Bayern und
Mitglied des SPD-Bundesvorstandes

Im Jahr 1972 werden auf doppelte Weise die Weichen für die künftige Arbeit des bayerischen Landtages gestellt, und damit wahrscheinlich auch für die Bedeutung der Landesparlamente und des Föderalismus überhaupt.

Zunächst geht es um die Selbsteinschätzung des Landtages. Mir scheint, daß die Bedeutung der Landtage bisher zu sehr danach bemessen wurde, was an Gesetzgebungskompetenzen übriggeblieben ist. Unterschätzt wurde die Kontrollfunktion der Länderparlamente, obwohl sie hier nichts an Befugnissen eingebüßt haben. Es wird leider häufig nicht erkannt, daß die Ausführung der Gesetze nahezu ebenso wichtig ist wie die Beschlussfassung. Da diese Ausführung - auch der meisten Bundesgesetze - eine Angelegenheit der Länderverwaltung ist, kann die notwendige und vor allem die wirk-same parlamentarische Kontrolle nur durch die Länderparlamente erfolgen.

Durch die technische Entwicklung droht nun den Parlamenten - wenn sie nicht aufpassen - ein Informationsnachteil gegenüber den Regierungen zu entstehen, der ihre Kontrollfunktion zu einer Farce werden lassen könnte. Die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung schreitet auch innerhalb der Verwaltung des Landes Bayern rasch voran. In dem Regierungsentwurf für ein Datenverarbeitungs-Gesetz war zunächst ein unmittelbarer Zugriff des Parlamentes zu den Datenbanken nicht vorgesehen; er wurde allerdings auf eine nachdrückliche Forderung der SPD-Landtags-Fraktion eingebaut. Die entsprechende Rechtsverordnung, die das "Wähere" regeln soll, ist jedoch noch nicht vorgelegt worden.

Inzwischen scheint die Verwaltung dabei zu sein, durch die Art des technischen Ausbaues insofern Vorentscheidungen zu treffen, als ein unmittelbarer Zugriff des Landtages, seiner Fraktionen

oder der einzelnen Abgeordneten gar nicht mehr möglich wäre. Der Informationsvorteil der Regierung würde auf diese Weise sprunghaft vergrößert, und das Parlament geriete in Gefahr, zu einer Bewilligungsmaschine zu werden. Statt wirksamer Kontrolle der Regierung und des bürokratischen Apparates könnte es bestenfalls eine Art Geschichtsschreibung betreiben.

Die SPD wird deshalb diese Frage zu einem ihrer politischen Schwerpunkte in diesem Jahr machen, denn mit dem Verfall der Länderparlamente würde nicht nur die Bürokratie ihr eigenes Kontrollorgan ausschalten. Eine solche Entwicklung würde auch zu einer latenten Krise des Föderalismus führen, womit der föderalistische Aufbau der Bundesrepublik überhaupt in Frage gestellt würde.

Diese föderalistische Ordnung ist ohnehin von einer anderen Seite her Erschütterungen ausgesetzt. Ich meine den Versuch, die politische Entscheidung durch die letzte Bundestagswahl vom Bundesrat her korrigieren zu wollen. Bedauerlicherweise hat sich gerade die bayerische Landesregierung zur Wortführerin einer solchen Politik gemacht, die ebenfalls den Föderalismus aushöhlen und unglaubwürdig machen muß. Selbstverständlich muß der Bundesrat seine in der Verfassung vorgesehene Rolle erfüllen. Wenn sich jedoch die Mehrheit der Länder lediglich als verlängerter Arm der Opposition im Bundestag betrachtet, verfehlt der Bundesrat seine eigentliche Aufgabe. Über die politische Führung der Bundesrepublik wird bei der nächsten Bundestagswahl im Jahre 1973 entschieden. Hoffentlich begreift das die CSU rechtzeitig, ehe noch mehr Porzellan zerschlagen wird.

Ich hoffe ferner, daß die CSU inzwischen ihre frühere Absicht aufgegeben hat, im Landtag lupenreine bundespolitische Fragen zu diskutieren, über die er nicht die geringste Entscheidungsbefugnis hat. Ich meine die Absicht, die Ostverträge im Rahmen einer Interpellation im Münchner Maximilianeum aufzurollen. Die SPD erklärte wiederholt, daß sie einer solchen Auseinandersetzung keinesfalls ausweichen würde; nach dem Stand der Dinge wäre für uns ein solches Ringen sogar sehr verlockend. Trotzdem warne ich im Hinblick auf das Ansehen des bayerischen Landtages davor, solche Fensterdiskussionen zu beginnen. Wenn die bisher von den beiden großen Parteien geübte Selbstdisziplin durchbrochen würde, gäbe es keine Grenze mehr.

Ein Parlament, das so in Druck ist, daß wichtige Gesetzesvorlagen häufig monatelang nicht beraten werden können, und das am Ende jeder Legislaturperiode eine große Zahl von Initiativen auf wichtigen Gebieten unerledigt abschreiben muß, würde sich unglaublich machen, wollte es sich auch noch mit Dingen beschäftigen, über die es ganz eindeutig nur reden, aber nicht entscheiden kann. Wer die Demokratie ernst nehmen will, muß damit beim Parlament beginnen.

Die sozialdemokratische Partei wird mit aller Kraft versuchen, im Jahre 1972 ihrer doppelten Aufgabe Rechnung zu tragen: Als Opposition im bayerischen Landtag und als Regierungspartei im Bundestag.

(-/ee/4.1.1972/ks)

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Vorsicht - zersetzend!"

Unter dieser alarmierenden Schlagzeile veröffentlichte die "bisherige Redaktion" der Monats-"Zeitschrift für fortschrittliches Unternehmertum: junge wirtschaft" in der jetzt vorliegenden Dezemberausgabe 1971 ihren Abschiedsbeitrag, der in vielen an die Abschiedsäußerungen der letzten Redaktion der katholischen Wochenzeitung "Publik" erinnert, die mitten im erfolgreichen Anlauf sterben mußte. Die bisherige "junge wirtschaft" wurde herausgegeben vom "Bundesverband junger Unternehmer in der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer e.V. Bonn-Bad Godesberg in Zusammenarbeit mit Juniorenkreisen der Industrie- und Handelskammern". Das im 19. Jahrgang erschienene Blatt wird ab Januar 1972 mit dem Monatsblatt "Die Aussprache" der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer e.V. 21. Jahrgang) zusammengelegt und unter dem Titel "junge wirtschaft" von einer neuen Redaktion redigiert werden. Vor diesem Hintergrund bekommt der Überaus ausschweifende Abschiedsartikel "Vorsicht - zersetzend!" sein besonderes Gewicht für diesen Fall und durchaus allgemein. Wir bringen daher den Abschiedsartikel im vollen Wortlaut:

"Bei uns im Lande grassiert eine gefährliche Zeitkrankheit: die Intoleranz. Hitler ist tot, doch die kleinen Hitler sind unter uns. Es gibt zwar nicht mehr die eine, alle verpflichtende Generallinie. Dafür hat aber jede Interessengruppe eine eigene entwickelt, die sakrosankt ist. Man hat zwar nicht die Macht, das eigene Glaubensbekenntnis allgemeinverbindlich zu erklären, strebt jedoch danach. Und dort, wo man die Macht hat, also im Bereich des eigenen Hauses und in den umliegenden Ortschaften, spielt man den Diktator. Dort ist die Generallinie oberstes Gesetz, und wehe dem, der von ihr abweicht. Unerbittlich wird der Stab über ihn gebrochen. Und was das Schlimmste dabei ist, es gibt gar nicht mehr viele, die diese Entmannung im Denken als ehrenrührig empfinden. Sie beugen sich von vornherein, mucken nur ganz selten auf, sondern sich statt dessen in der Gnade der Duodeziktatoren, die oft genug in der Maske von Präsidenten, Vorsitzenden, Geschäftsführern, Parteiausschüssen, Aktionskomitees, Interessengemeinschaften, Gewerkschaftsvertretungen auftreten.

Und so kommt es, wie es kommen muß. Die einmal gefundene Generallinie wird weder im eigenen Haus noch mit den anderen diskutiert. Die Gespräche hören auf. Eine Atmosphäre der Sterilität lähmt die Denkgänge, läßt neue Impulse nicht aufkommen. Monologe beherrschen die Szene. Es wird zum Fenster hinaus geredet, am anderen vorbei. Man gefällt sich im Stil der Verlautbarungen, der Regierungserklärungen, die den anderen nicht überzeugen wollen, sondern nur den eigenen Standpunkt präzisieren. Niemand denkt daran, sich besseren Argumenten zu beugen, sie in Erwägung zu ziehen, den eigenen Standpunkt zu überprüfen. Auf diesen Stil sind auch die publizistischen Trabanten der meinungsbildenden Fixsterne unserer Zeit gedrillt. Sie wissen längst, was Ruhm und Ehre einbringt, und schwenken deshalb beflissen die Weihrauchkessel vor den Altären der geheiligten Gruppenmeinungen.

Derweilen zensieren Presseabwehrstellen emsig die Flut der Publikationen. Am einfachsten ist das Verfahren mit den Elaboraten der erklärten Gegner und Freunde. Jene werden zur Aufmöbelung der eigenen Propaganda nach schwachen Stellen und Ansatzpunkten für Gegenschläge durchgesehen, dies in der Erfolgskartei verbucht. Einfachste Routinearbeit, schnell erledigt, weil man ja mit dem Gegner nicht zu sprechen wünscht, ihn nicht überzeugen will und die Freunde nur sagen, was man ihnen selbst gesagt hat. Bleibt die kleine Zahl jener, die eigene Meinungen vertreten, die versuchen, Brücken zu schlagen, wo ein Brückenschlag sinnvoll erscheint. Wahrlich, eine üble Gruppe. Da helfen nur die Stempel: Linksabweicher, Rechtsabweicher, Nazi, Kommunist, Vorsicht - zersetzend, weicht die eigene Front auf...

Und warum ist man so unduldsam? Wer intolerant ist, ist sich seiner selbst nicht sicher. Nur der innerlich Starke, der sehr wohl zwischen Toleranz und falschem Alles-Verstehen-Alles-Dulden unterscheidet, nimmt auch die Meinung des anderen ernst, setzt sich mit ihr auseinander und ist schließlich bereit, vom anderen etwas anzunehmen, die eigene Meinung vielleicht zu revidieren. Jedoch die Unsicherheit regiert die Stunde. Was ist zu tun? Friedrich der Große schrieb an Voltaire: 'Wenn die Vernunft ihre Stimme häufiger gegen den Fanatismus erhebt, dann kann sie die künftige Generation vielleicht toleranter machen, als die gegenwärtige ist, und damit wäre schon viel gewonnen'. Und schließlich bleibt da noch die Sache mit der Zivilcourage. Aber lassen wir lieber das Thema fallen...

In diesem Sinne verabschiedet sich nach zwanzigjähriger Gestaltung dieser Zeitschrift sehr herzlich Ihre bisherige Redaktion 'junge wirtschaft'

(-/ec/4.1.1972/bgy)